

Weiterentwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Auf dem Weg zu einer europäischen Armee?

24. Oktober 2017 in Hannover

Eine Vielzahl von Krisen und Konflikten sorgen für eine unübersichtliche Weltlage und große Herausforderungen haben die Bereitschaft verstärkt, die Zusammenarbeit in der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu intensivieren. Auch Umfragen in der Bevölkerung der Europäischen Union (EU) zeigen, dass eine stärkere Zusammenarbeit der Länder in diesen Bereichen erwünscht ist. Ist die Schaffung einer Sicherheits- und Verteidigungsunion also in absehbarer Zeit realistisch? Und: Wird es vielleicht schon bald eine gemeinsame europäische Armee in der EU geben?

Vor diesem Hintergrund lud das **Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung** (FES) am 24. Oktober 2017 in das IntercityHotel Hannover, um im Rahmen einer Podiumsveranstaltung unter dem Titel „Weiterentwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ über die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in einer Verteidigungsunion zu diskutieren. Die Gäste auf dem Podium waren **Dr. Hans-Peter Bartels**, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages, **Helmut Friezsche**, Referatsleiter der GSVP und EU-Beauftragter im Bundesministerium der Verteidigung und **Dr. Georg Schulze Zumkley**, stellvertretender Referatsleiter der GSVP der Europäischen Union im Auswärtigen Amt. Moderiert wurde die Veranstaltung von **Hans-Joachim Schaprian**, Oberst a. D., Stolberg.

Nach einer kurzen Begrüßung durch **Urban Überschär**, Leiter des Landesbüros Niedersachsen der FES, hielt Hans-Joachim Schaprian eine Einführung, in der er betonte,

den dramatischen Umbrüchen in der Nachbarschaft könne kein Staat allein begegnen, Europa sei jedoch unzureichend aufgestellt. Den Grund dafür sieht Schaprian darin, dass das Augenmerk zuletzt zu sehr auf der Kostenreduzierung und dem Erhalt der Mindeststandards gelegen habe. Seit 2016 jedoch rücke die Sicherheitspolitik in den Mittelpunkt und die Bereitschaft in der Politik und der Gesellschaft sei gestiegen, die Zusammenarbeit der Staaten zu intensivieren.

Bei den anschließenden Diskussionsimpulsen zog Dr. Hans-Peter Bartels zunächst eine Bilanz, zur Lage der Bundeswehr heute. Zunächst habe sie heute mehr Aufgaben als früher zu leisten. Zu der Aufgabe der out of area Einsätze sei auch der Beitrag zur kollektiven Verteidigung Europas hinzugekommen, allerdings sei die Bundeswehr dabei immer kleiner geworden. In Europa müsse daher ein funktionsfähiges Ganzes entstehen, um diesen Herausforderungen effektiver begegnen zu können. Bartels erklärt daher: „Wir wissen, dass wir Europa brauchen“.



Dr. Georg Schulze Zumkley erklärte in seinem Impuls, dass 2015 mit dem Konstituierungsplan für die europäische Verteidigungspolitik eine Grundlage gelegt worden sei, der alle 28 Mitgliedsstaaten zugestimmt hätten. Die drei Hauptziele seien dabei auf externe Krisen reagieren zu können, Partner_innen helfen zu können sowie die Bürger_innen Europas zu schützen. Für diese Ziele sei 2017 im Konsens ein militärisches Kommandozentrum in der EU eingerichtet worden und auch durch eine ständige strukturierte Zusammenarbeit soll diesen Herausforderungen begegnet werden, so Schulze Zumkley.

Auch Helmut Fritzsche betonte in seinem Beitrag: „Es gibt heute großen Konsens in Europa, den wir Deutschen geschaffen haben“, und erläuterte damit, dass heute Verständnis für mehr Zusammenarbeit bestünde. Insbesondere sei die Herausforderung zu verdeutlichen, dass zwischen der EU und der NATO kein Konkurrenzkampf bestünde. Fritzsche ist sich dabei sicher „wir sind auf dem Weg in bessere Zeiten“ und betonte, dass wir damit zukünftig auch zu einer europäischen Armee kommen würden.



Bei der anschließenden Podiumsdiskussion ging es um die Frage, was eine europäische Verteidigungsunion überhaupt ist. Schulze Zumkley erklärte dazu: In Deutschland würden Krisen nicht nur militärisch betrachtet werden, sondern auch die Prävention habe eine große Bedeutung. Die Verteidigungsunion müsse daher auch Krisenprävention und langfristige Stabilisierung leisten können. Frietzsche ergänzte dazu, dass vor allem auch die Fähigkeit, ein Hauptquartier zu führen von Bedeutung sei und man wegkommen müsse von der nationalen Planung.

Die folgende Diskussion mit dem Publikum bezog sich zunächst auf die Frage, inwieweit Krisen immer auch mit wirtschaftlichen Interessen in Verbindung stehen. Schulze Zumkley bestätigte dazu, dass jeder Konflikt wirtschaftliche Ursachen habe. Das Ziel sei daher immer, die Rahmenbedingung Frieden, auf der aufgebaut werden könne. Durch den Frieden vor Ort könne auch Wirtschaft geschaffen werden, dabei komme es jedoch auf eine gute Führung und die beteiligten Menschen an.

Zu der Frage, wie man mit Parlamentsvorbehalten fertig werden könne erklärte Bartels, dass es dafür mehrere Generationen brauche und auch noch eine lange Zeit die nationalen Armeen. Er wünsche sich jedoch binnen kurzer Zeit auch europäische Überbaustrukturen. Zu der Frage, ob es Pläne gebe, die Einsatzstrukturen zu ändern, erläuterte Bartels weiter, dass diese multinationaler gestaltet werden sollten, wie es beispielsweise bereits mit den Niederlanden oder Polen der Fall sei.

Abschließend erklärte Frietzsche auf die Frage, wie Auslandseinsätze der europäischen Armee aussehen würden, dass diese ähnlich der NATO Verfahren durchgeführt werden würden.